

Danziger Zeitung



Nr 17994.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethenburgergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Der Artikel 9 des Socialistengesetzes.

Die beiden Verhandlungstage des Reichstages über den Antrag Richard v. Herms in Betreff der Verträge und Gesetzwidrigkeiten bei den Wahlen werden, abgesehen von allem übrigen, eine besondere Bedeutung behalten durch die Erklärungen, welche der badische Gesandte, Freiherr v. Marschall, im Namen der badischen Regierung abgegeben hat. Diese Erklärungen verdienen die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise. Sie sind deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil sie unmittelbar vor der Beratung des Socialistengesetzes abgegeben worden sind. Der Reichstag wird jetzt in dem vollen Bewußtsein über die Tragweite seiner Beschlüsse verhandeln können.

Für heute besprechen wir nur einen der in Frage kommenden Punkte, und zwar den wichtigsten. Es handelt sich um die Auslegung des § 9 des Socialistengesetzes. Derselbe lautet:

„Versammlungen, in denen socialdemokratische, socialistische und communistiche auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen.“

„Versammlungen, von denen durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der im ersten Absatz bezeichneten Bestrebungen bestimmt sind, sind zu verbieten.“

Der Reichstag hat bisher diese Bestimmungen stets so aufgefaßt, daß die Thatsache, daß ein bekannter Socialdemokrat in einer Versammlung sprechen will, nicht ausreicht, ein Verbot zu sprechen, sondern es müssen vielmehr Thatsachen hinzutreten, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung Bestrebungen dienen wird, welche auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind. Der badische Gesandte, Frhr. v. Marschall, behauptet nun, daß eine solche Thatsache auch dann vorhanden sei, wenn ein bekannter socialdemokratischer Redner früher in einer Versammlung gesprochen habe, welche auf Grund des Socialistengesetzes aufgelöst ist.

Nur durch eine solche überraschende Interpretation des Artikels 9 des Socialistengesetzes vermochte er das vom Abg. Richter auf Grund der Mauer'schen Broschüre erwähnte Verbot einer Wählerversammlung in dem Offenburger Bezirk zu rechtfertigen. In Orienberg war eine Versammlung, in welcher der socialdemokratische Wahlcandidat Beck sprechen wollte, verboten, weil eine Versammlung in Rehl vorher aufgelöst war, in der der socialdemokratische Candidat Beck gesprochen hatte. Diese Auflösung ist auch der Grund gewesen, daß eine andere Versammlung 6 Monate später aufgelöst wurde, — unmittelbar nachdem derselbe Herr Beck nur wenige Worte gesprochen hatte, — in welcher Arbeiter lediglich über die Frage verhandelten wollten, ob sie den in Paris stattfindenden Arbeitercongrès in Betreff des internationalen Arbeiterkongresses beschließen wollten.

Freiherr v. Marschall hat am 13. im Reichstage ausdrücklich behauptet, daß von der aufgelösten Wählerversammlung an der socialdemokratische Wahlcandidat Beck in keiner weiteren Versammlung hat sprechen dürfen. Herr v. Marschall fand diese Verbot völlig gerechtfertigt und suchte dieselben aus den Verhandlungen zum Socialistengesetz zu begründen.

Eine solche Begründung wird aber, wenn man auf die Verhandlungen zurückgeht, schwerlich gelingen. Die Majorität des Reichstages war sich im Jahre 1878 völlig bewußt, daß sie mit der Bewilligung des Socialistengesetzes einen gewagten Schritt that. Selbst der der freiconservativen Partei angehörige Berichterstatter Abg. Dr. v. Schwanze erklärte, wenn man nicht Vertrauen zu der Loyalität der Behörden habe, dann gehe er ganz offen, er wüßte nicht, wie er sich zu dem Gesetze stellen solle. Der freiconservative Abgeordnete heruberte sich mit der Ueberzeugung,

daß dieses Gesetz bei seiner Durchführung auf Schritt und Tritt so außerordentlich controlirt werden würde, daß er nicht glaube, daß Uebelwollen oder schweres Mißverständnis der Verwaltungsbehörden dieses Gesetz in einer Weise anwenden würden, welche den Anschauungen, nach denen es damals erlassen worden, widerspreche.

Man war nun im Reichstage darüber nicht im Unklaren, daß Wählerversammlungen, auch wenn Socialdemokraten sie veranstaltet oder darin als Redner auftreten, nicht unter das Gesetz zu stellen und nur dann, wenn — wie der Berichterstatter Dr. v. Schwanze sich ausdrückte — „einzelne Vorgänge sich in den betreffenden Bezirken ereignen haben, die eine ganz deutliche Handhabe dafür gewähren, daß eine solche Versammlung die Wahl zwar zum ostentativen Zweck habe, aber gleichzeitig den auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen solle“.

Die gegenwärtige Fassung des Artikels 9 des Socialistengesetzes rührt von dem Abg. Casker her. Wenn Freiherr v. Marschall im Reichstage hervorhob, daß der Antrag Brühl, welcher ausdrücklich feststellen wollte, daß auf die Wählerversammlungen die bisherigen reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen unverändert Anwendung finden, abgelehnt worden ist, so beweist dies nichts, denn alle während der Verhandlung vom 12. Oktober 1878 abgegebenen Erklärungen gehen dahin, daß in Bezug auf die Wählerversammlungen der § 17 des Wahlgesetzes von 1849 in Kraft bleibe.

Das Wesentliche bei der Sache ist die Beantwortung folgender Frage: Kann die Thatsache, daß ein socialdemokratischer Redner in einer Versammlung gesprochen, welche zu einer Auflösung den Anlaß gegeben hat, als eine Thatsache im Sinne des § 9 des Socialistengesetzes gelten, welche die Annahme rechtfertigt, daß alle seine in Zukunft in Wählerversammlungen zu haltenden Reden nicht auf den Betrieb einer Wahl, sondern zur Förderung der auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen bestimmt sind? Sicherlich wird man diese Frage nicht bejahen können. Bei dieser Gelegenheit ist in den Verhandlungen der Umsturz ausdrücklich dahin definiert, daß es sich um eine beabsichtigte gewaltsame Aenderung der Staats- und Gesellschaftsordnung handeln müsse. Wer die Verhandlungen von 1878 durchliest, wird mit voller Klarheit daraus die Ueberzeugung gewinnen, daß die Mehrheit des Reichstages und vor allen Dingen die Abgg. Freiherr v. Stauffenberg und Dr. Casker, welche in dieser Frage gesprochen haben, eine Interpretation wie die des badischen Gesandten, Freiherrn v. Marschall, für nicht zulässig erachtet haben. Das konnte schon deshalb nicht sein, weil, wie der Abgeordnete Richter nach unserer Meinung zurecht ausgeführt hat, bei einer solchen Interpretation der Fall eintreten könnte, daß alle socialdemokratischen Abgeordneten in Zukunft überhaupt in Wählerversammlungen nicht mehr sprechen dürften; denn jedem von ihnen ist es wohl begegnet, daß er in einer Versammlung gesprochen, welche aufgelöst worden ist. Bekanntlich ist dies nicht bloß socialdemokratischen Abgeordneten passiert.

Man darf wohl hoffen, daß der Reichstag bei der bevorstehenden Beratung des Socialistengesetzes Vorsorge dafür treffen wird, daß eine Interpretation, wie sie der Frhr. v. Marschall gegeben, in Zukunft ausgeschlossen sein wird.

Deutschland.

Die allgemeine „Zufriedenheit“.

Bei den Debatten der ersten Etatsberatung hatte bekanntlich der Abg. v. Bennigsen die Abgg. Richter und Richter heftig angegriffen wegen ihrer

nicht ganz rosig angehauchten Schilderung der inneren Verhältnisse in Deutschland. Fr. v. Bennigsen ließ dagegen alles in den Farben des Regenhogens erglänzen; ihm erschien alles schön und prächtig. Aber trotzdem denken andere etwas anders, und einen Belag hierfür bieten auch Rundgebungen aus dem Kreise der Cartellparteien selbst. So konstatiert Gerhard v. Ammonit in einem „Die allgemeine Unzufriedenheit“ überschriebenen Artikel des freiconservativen „Deutschen Wochenblattes“, daß das ganze deutsche Volk verstimmt sei. Er schildert die Unzufriedenheit der verschiedenen Klassen, der ärmeren Klasse, die über Noth und Unsicherheit der Existenz klagt, der Beamten, die eifersüchtig seien auf das gesellschaftlich und sonst bevorzugte Militär. Der Schriftsteller, Künstler und sonstige Geistesarbeiter klagten, daß bei uns „der Moloch des Militarismus“ alle anderen Interessen verschlinge, namentlich die einer feineren Cultur. Die „Schles. Morgenztg.“ knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Die „Magd. Ztg.“ gesteht auch ein, daß die Mehrheit des Reichstages unzufrieden ist. „Erstaunt fragt man nach dem Grunde dieser Ermahnung“, sagt sie, „aber von allen Seiten und von Mitgliedern aller Parteien erfährt man nur, daß viele Mitglieder der hochbedeutsamen Versammlung parlamentsmüde seien. Mit diesem einen Worte ist alles gesagt, nähere Erläuterungen erfährt man von den zahlreichen Abgeordneten, die schon jetzt fest entschlossen sind, ein Mandat nicht wieder übernehmen zu wollen.“

Das „Schl. Tagebl.“ fragt nach den Gründen dieser Müdigkeit und antwortet darauf: „Rein Mensch vertritt auf die Dauer eine völlig kreative Thätigkeit, und die Cartellmehrheit weiß, daß jedes Wort, was sie spricht, und jede Stimmabgabe, der sie sich unterzieht, im jeder Commissionenbericht, den sie ausarbeitet, im Grunde genommen, überflüssig ist. Die Herren leiden unter dem klaren Bewußtsein: nicht wir sind es, die wir die Gesetze machen, sondern die Geheimen Räte machen sie nach den Wünschen ihres hohen Chefs; die Aenderungen, die wir etwa daran anbringen, sind nicht der Rede werth; auf die Verpflichtung hin, keine anderen Gesetze zu machen, als die vom Bundesrath vorgefertigten, sind wir gewöhnt worden; und unter dieser hat lediglich den Zweck, der Volksvertretung einen Theil der Verantwortung aufzubürden für Gesetze, an denen sie so unschuldig ist, wie ein neugeborenes Kind. Dieses Bewußtsein der gänzlichen Nichtigkeit und Ueberflüssigkeit ist es, was die Abgeordneten der Mehrheit drückt. Und wenn die Abgeordneten der Opposition mehr Muth, mehr Ausdauer, mehr Schaffensfreudigkeit bekunden, so kommt es daher, daß sie einen Daseinsweck haben, daß sie fühlen: wir sind nicht ganz überflüssig! Zwar Positives zu schaffen, haben sie keine Aussicht, aber hier und da das Unheil zu mildern, doch einige Hoffnung, und schliesslich falls geben sie wenigstens dem Proleten des Volkes gegen den Gang der Gesetzgebung Ausdruck, erfüllen die Pflicht, die Regierung zu warnen, und streuen durch ihre Reden Samenkörner aus für eine bessere Zukunft. Nicht ohne Erröthen kann man folgenden Satz der „Magd. Ztg.“ lesen: „Etwas mehr Interesse würde an den Verhandlungen genommen werden, wenn der Fürst Bismarck hier anwesend wäre oder jumeilen in den Sitzungen erschiene.“

Also so weit, sagt das „Schles. Tagebl.“, ist das deutsche Volk, so vollkommen hat es auf eigenen Geist, eigenes Denken und eigene Thaten verzichtet, daß Bismarck, der ohnehin alles macht, auch das noch besorgen soll! Er soll mandmal eine Rede halten, oder ein kräftiges und geistreiches Wort in die schleppende Debatte hineinwerfen, um den Reichstagsverhandlungen einen Inhalt zu geben! Unter sich und für sich allein wissen die Volksvertreter nichts anzufangen! Wir fügen dazu: Was wäre erst der Reichstag, wenn es den herrschenden Parteien gelänge, die Opposition vollends tot zu machen?

* Berlin, 15. Nov. Zur Rückkehr des Kaisers bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Leitartikel, in welchem es heißt: „Wiederum war Kaiser Wilhelm ausgezogen, von dem Sireben befehl, den Kreis seiner Anschauungen zu erweitern und mit eigenen Augen die reichen Geisteskräfte zu

sehen und zu durchforschen, welche uns in den Ländern, die als die Wiegestätten menschlicher Geistesbildung und Cultur gelten, von längst vergangenen Geschlechtern überliefert worden sind.“

Daneben hat der thatkräftige, so raffische, so seinen hohen Beruf hingebende Herrscher auch, wie hinlänglich bekannt, die freundlichen und guten Beziehungen gepflegt und erweitert, welche uns mit den Staaten und Völkern im Osten und im Westen Europas verbinden. Selten wohl sind dem gekrönten Haupt eines mächtigen Reiches im Norden, so von der Wärme der Empfindung und von beglückter Stimmung getragene Rundgebungen dargebracht worden, als Kaiser Wilhelm II. bei seinem jüngsten Aufenthalt in Seltas und in der Türkei. Auf der Rückkehr in die Heimath ist unser Kaiser mit seinen beiden erlauchten Verbündeten zu kurzer Begegnung zusammengetroffen, was als ein neues Unterpfand für die Uebereinstimmung und Einmütigkeit, mit welcher die alliierten Herrscher an den Zielen und Aufgaben einer unerschütterlichen Friedensliebe festhalten, gelten darf.

So erscheint denn diese Kaiserreise als ganz besonders reich und inhaltsvoll in Bezug auf die Eindrücke, die der deutsche Herrscher von den von ihm besuchten Ländern empfangen, und auf die Wahrnehmungen, die er von den wiederholten Begegnungen mit dem ihm befreundeten Souveränen in die Heimath zurückbringt. — In diesem Sinne charakterisiert sich die diesmalige Reise besonders als eine im Dienst des Vaterlandes unternommene, aus welcher, wie aus den früheren, erneut demselben die geistliche Festigung und Stärkung seiner Machtstellung und Würde nach außen hin erwachsen kann.“

Berlin, 15. November. Einen praktischen Erfolg weitens haben die bisherigen Verhandlungen über das Bankgesetz bereits gehabt: sie haben den Urheber der Anträge auf Verstaatlichung der Reichsbank, den Grafen Udo zu Stolberg veranlaßt, aus der Budgetcommission auszuscheiden. Herr Graf Udo Stolberg ist immer der Vertreter der extremsten wirtschaftlichen Auffassung gewesen; es ist ganz gut, wenn diese Herren sich daran gewöhnen, mit etwas weniger Selbstgefälligkeit namentlich in solchen Fällen zu agieren, wo sie einen nur sehr geringen Antheil von Parteigenossen haben, die an ihrem Strange ziehen. Daß die Anträge des Abg. Camp praktisch nicht mehr Bedeutung haben, als die vorgenannten, geht schon daraus hervor, daß Herr Camp durch die Abkürzung der Ründigungsfrist von 10 auf 5 Jahre die Möglichkeit offen halten will, daß eine künftige Mehrheit des Reichstages sich gerade 5 Jahre früher einer geläuterten wirtschaftlichen Anschauung über die Verwaltung des Bankwesens anschließen. Die Befürwortung über die Camp'schen Anträge steht noch aus; eine wirtschaftliche Bedeutung werden die Camp'schen Anträge wahrscheinlich auch nicht erlangen, wohl aber die von verschiedenen Richtungen des Hauses kommenden Anregungen, bei der Herabsetzung der Gesamtblöndende über den jetzt vorgelegten Rahmen hinauszugehen, namentlich mit Rücksicht darauf, daß ja doch das Bankgesetz in der neuen Form volle 10 Jahre in Kraft bleiben wird. Die Regierung wird sich freilich dem Bundesrath gegenüber in einer etwas unangenehmen Position befinden, wenn sie auf solche Wünsche einzugehen bereit sein sollte. Ein Zugeständnis an die Auffassung der Conservativen ist nach der gehobenen Rede des Reichsbankpräsidenten kaum noch möglich. Man könnte daraus umgekehrt schließen, daß Herr v. Dechend der vollen Unterstützung der Regierung bei seiner gegenwärtigen Forderung sicher ist.

* [Das „rothe Taschentuch“]. Das jüngst im Reichstage Anlaß zu einer großen Debatte gegeben hat, erinnert — schreibt das „B. Tagebl.“ — an eine ähnliche Affäre, welche sich vor etwa vier

geschwumpfte Figur fast verschwand. Ein köstlicher Duft schlug Helling entgegen; er erbrach das Billeit, von dem Mittagstisch bei Aöly, der herrlichst zur Genesung gratuliert.

Fast hätte er das Billeit, ebenso wie vorher das Zeitungsbillet, hingeflüchtet. Das wäre ungerecht gewesen! Hier war die wirkliche, aus dem Herzen strömende Freude; die guten Leuten am neuen Thor hatten während der Krankheit eine wahrhaft rührende Theilnahme gezeigt; alle Augenblicke war einer der Herren erschienen, um sich zu erkundigen. Graf Schönach hatte zwar von den beiden „verrückten Schrauben“, der Aöly und der Helling, nichts wissen wollen, da sie mit ihren aufgeregten Stimmen und Gesten die Ordnung im Hause störten; Helling waren die beiden aber willkommen gewesen, konnte er doch in ihrer Gegenwart seinen Gedanken freieren Lauf lassen! Schönachs Thranen ertrug er nur mit Widerstreben — aber es war nicht dagegen aufzulehnen!

„Sehen Sie den Korb dorthin!“ rief er den Diener dorthin an. Der sah verdußt auf: Das ist ja eine neue Art, Blumen in Empfang zu nehmen!

Nachdem er dem Befehl nachgekommen, schlich er, den alten Kopf schüttelnd, davon. Helling stürmte weiter. Nach einer kleinen Weile erschien abermals ein Diener mit zwei Blumengäben, einer Jarbindere und einem kleinen Bouquet.

Helling wollte das Blut zu Kopf. Dorthin hat er von den Blumengäben gelesen, mit denen man eine Hionka Mayer überschüttet. Da wird ihm desgleichen nun wie zum Hohn ins Haus geschickt. Zertrümmerte Götterbilder pflegt man doch nicht mit Kränzen zu schmücken.

Er fuhr den Diener hart an: „In das Gewächshaus damit! Da bleiben sie frisch! Hier! Nehmen Sie auch das Ding da mit!“ Und mit

Alle Rechte vorbehalten.

Preisgekrönt.

Roman von Alexander Baron von Roberts.

(Fortsetzung.)

Wie Helling da sah und die Hand immer noch betrachtete, begann etwas Klirrendes in seinen Augen zu schwellen, Paulas Hand schwankte in diesem klirrenden Etwas und ward immer undeutlicher, und jetzt fühlte er es über seine Wangen rollen, schwer und heiß.

Ab, solcher Thränen braucht er sich nicht zu schämen! — viellecht wäre sogar schon ein kostbares Bildniß aus Marmor einer Thräne werth — einer Thräne des Jornes über die Zerbrechlichkeit aller irdischen Schönheit! — und sie war doch ein lebendes Götterbild! — nein, solcher Thränen braucht er sich nicht zu schämen!

Und während er sah und die Thränen rollen ließ, kam das erste klare Bewußtsein über ihn, daß seine Liebe nicht die echte gewesen. Bisher, so lange Paula noch in der Gefangenschaft, hatte er nicht darüber nachgedacht, wie sich fortan alles gestalten würde. Nun war sie gerettet, und ihre Schönheit war dahin. Wie wenig gehört dazu, ein schönes Gesicht zu verunstalten — eine Narbe, ein Riß, eine Krankheit, die den Teint zerbricht und die Harmonie der Linien aufhebt. Fortan ist er nicht mehr der „Besitzer des herrlichsten Weibes“, und seine Begehren für sie wird ganz andere Formen, ja ein anderes Wesen annehmen müssen! Bisher habe ich Götterdienst mit ihr geleistet, fortan werde ich sie mit ganz anderen Trieben und Gewalten verehren, meine Anbetung wird gottesdienstlicher werden, ich werde alles aufbieten müssen zu diesem Gottesdienst, was mein Herz an echter Liebe, meine Seele an Begeisterung zu bieten vermag!

O, jetzt erst recht werde ich sie auf den Händen tragen! In keiner meiner Mienen soll sie es merken, daß ich sie nun deswegen geringer liebe, weil ihre äußere Gestalt eine andere geworden! Lieben sich denn nicht alle Leute und küssen sich ihre Runzeln? Was hat wahre Liebe mit dem vergänglichem Klittertand äußerlicher Schönheit zu thun? —

Ein Cabyrinth von Gedanken — aber die Hauptsache ist, daß er der „gute Kerl“ ist und bleibt, und der wird sie auf Händen tragen! Nichts, nichts soll sie büßen, niemals soll sie bereuen, daß der Tod sie nicht von ihren Qualen befreit, wie sie und alle es mit ihr gewünscht!

Cangiam erhob er sich, beugte sich über das Lager und hauchte einen Kuß auf die heiße blasse Hand hernieder. Die leise zusammenzuckte. Es war wie ein besiegelndes Gelübde; es war wie eine rührende Bitte, daß sie, die Hand, ihm die letzte Spur des elenden Götterdienstes verzeihen möchte.

Helling stöberte unter den Lokalnachrichten der Zeitung; eine plötzliche Freude belebte sein Antlitz: dort stand in einer kurzen Noth die Nachricht verzeichnet, daß das Befinden von Frau v. S., deren entsetzliches Unglück vor Wochen solid' allgemeine Theilnahme erweckt, sich beständig zum Besseren gewandt. O, er hatte diese Theilnahme ja lebendig und zahlreich genug von allen Seiten bezeugt erhalten, jetzt würde sie sich auf seine von neuem einstellen, aber es wäre ein bitterer Tropfen Begeisterung — das Mitleid! Anstatt mit Bewunderung würde die Aerzte nur mit mitleidigen Mienen empfangen werden.

Wie wird sie sich selbst darein finden? — man wird die Spiegel im Hause verhängen müssen! Und in einer Anwendung egoistischer Feigheit

Jahren in Potsdam zugetragen, die aber verlaufen ist, ohne daß die beteiligten Personen bestraft worden wären. Es war gerade am Tage der Aushhebung zum Militär, als eine Gesellschaft junger Leute, von der Musterung kommend, in der Freude darüber, daß sie zum Militär angeführt waren, eine Bierreise nach Nowawes unternahmen. Als angehende Soldaten mußte der Trupp natürlich auch eine Fahne haben, und so langte denn der Former Emil Klinge sein rothes weigefärbtes Taschentuch hervor und band es an einen Spazierstock. Unter Vorantragung dieser „Fahne“ kam man bis zum Nowawes-Neuendorfer Eisenbahn-Übergang, dessen Barriere gerade geschlossen war, weil ein Zug von Berlin kam, welcher bei der Vorüberfahrt von der antimilitärischen Schaar mit Hurrah und Fahnenwinken begrüßt wurde. Wie erstaunt war aber der Fahnenträger, als er am nächsten Tage zur Polizei beordert wurde und dort erfährt, daß er im Verdacht stehe, eine socialdemokratische Demonstration veranfaßt zu haben. In dem aus Berlin kommenden Zuge hatte sich nämlich unser jehiger Kaiser, damals noch Prinz Wilhelm, befunden, welcher im Vorbeifahren die Affäre mit dem Taschentuch gesehen und dieselbe bei seiner Ankunft in Potsdam zur Sprache gebracht hatte. Nachdem der Vorfall sich aufgeklärt hatte, wurde Klinge wieder entlassen und hat inzwischen seiner Militärzeit genügt.

* [Der ständige Ausschuss des deutschen Protestanten-Vereins] war zur Erlebigung seiner Geschäfte in Berlin versammelt. Gegenüber vereinzelten Stimmen, welche eine Erweiterung des Vereins durch Bildung einer liberal-kirchlichen Reformpartei befürworteten, wurde, dem „Neuen G. Gemeindeboten“ zufolge, einstimmig die Beibehaltung der langjährigen Organisation beschlossen und vorbehaltlich späterer Genehmigung der Generalversammlung die Herren Prediger Neßler, Prediger Rirnh, Stadtrath Köstel, Rechtsanwalt W. Disco, Rentier Jordan in das ständige geschäftsführende Berliner Bureau neu gewählt. Die gut besuchte Versammlung war der Ansicht, daß bei aller Anerkennung der Thätigkeit des evangelischen Bundes der Protestanten-Verein noch seine eigene Mission gegenüber der wachsenden Macht Roms und der auflösenden Tendenz der hierarchisch-orthodoxen Kirchenparteien zu erfüllen habe und die von ihm seit 26 Jahren verfolgten Ziele der Kirchenreform zwar zum Theil erreicht seien, aber der Vertheiligung und Erweiterung in der gegenwärtigen Situation mehr denn je bedürften.

* [Der 8. deutsche Lehrertag] findet zu Pfingsten nächsten Jahres in Berlin statt. Als Gegenstände der Verhandlungen sind in der letzten Sitzung des engeren Ausschusses vorläufig festgestellt worden: 1) Die Schulhygiene. (Ist es wünschenswert, daß zur Entschärfung principieller Schulfragen neben den Schulverwaltungsbehörden eine aus Vertretern der Lehrerschaft und der an der Schule interessierten Gemeinschaften — Gemeinde, Staat, Kirche — zusammengesetzte Schulnode bestünde?) 2) Der Bureaualismus auf dem Schulgebiete. 3) Inwiefern soll die Schulhegung Reichsgröße werden? 4) Befreiung des Lehrers vom niederen Aulienstele. 5) Die hauswirthschaftliche Ausbildung der Mädchen. 6) Die Reformbestrebungen auf dem Gebiete des naturwissenschaftlichen Unterrichts. 7) Reform der Schule und Klassen-Organisation.

In Rücksicht auf die 100jährige Geburtstagsfeier Adolf Dietterwegs, des bekannten Pädagogen und Volksvertreters, wird außerdem eine Diettermegfeier, verbunden mit einer Ausstellung des hier bestehenden Diettermeg-Museums, stattfinden. Ueber die bezeichneten Gegenstände wird zur Zeit in allen Lehrvereinen des deutschen Reiches verhandelt.

Breslau, 13. Nov. Am 20. November begeht Dr. Moritz Elsner, Redacteur der „Breslauer Morgenzeitung“, seinen achtzigsten Geburtstag. Der in Rörting bei Sprottau geborene Jubilar hat ein bewegtes Leben hinter sich. Bis zum Jahre 1848 war er Lehrer am Maria Magdalena-Gymnasium in Breslau. In den bewegten Tagen jenes Jahres gründete er das erste liberale Blatt Schlesiens, die „Schlesische Chronik“. Hirschberg entsendete ihn in die preussische Nationalversammlung, dann in die im Sommer 1849 aufgelöste zweite Kammer. In den Mai-Prozeß verwickelt, entzog er sich der Verbüßung einer im ersten Instanz gegen ihn erkannten Strafe von 2 Jahren Zerkung durch die Abreise nach London, von wo er zurückkehrte, nachdem er in zweiter Instanz freigesprochen worden. Inzwischen war er disciplinarisch aus seinem Lehramte entfernt worden. Durch Uebertragung der Kunstfreierate für die „Schlesische Zeitung“ fand er dann neue Thätigkeit, bis er 1862 in die Redaktion der „Breslauer Morgenzeitung“ eintrat, an deren Spitze er noch heute wirkt. In der Stadtver-

einer abscheidenden Bewegung der Hand wies er nach dem Korb vom „Küßgen“.

Ja, wie einen Hohn empfand er diesen Blumenwecker. Er wird sich das verbiten! Wenigstens will ich nichts davon sehen! Und er wollte den Leuten befehlen, daß derartige Gebunden direct ins Gewächshaus geschafft würden. Das hätte sonderbar ausgesehen — galten doch die Gaben der gnädigen Frau! Wohl, so will ich wenigstens nicht dabei sein, wenn die Dinger angebracht werden. Und er machte sich aus dem Hause.

Es war ein herrlicher Frühlingstag, die sonnige Luft von Dürsten durchweht, und der Thiergarten im Weitefeld belebt von fröhlichen Ainderufen und vom Gelaug der Vögel. Das junge Laub leuchtete wie Metall, und der Himmel blaute dunkel über Bäumen und Häusern. Selbst das Rollen der Fuhrwerke auf dem Damm und das ferne Geräusch der inneren Stadt erklang so festlich froh.

Hoffnung allüberall! Und so will er auch ein neues Leben beginnen! Hinfühlernd zwischen den Laubhegen und im Schatten der Alleen suchte er sich das Zukünftige vorzustellen. Sie würden so bald als möglich aufstehen, gehen, sie würden in friedlicher Idylle ihre Tage verbringen, dort würde sich ihm auch Beschäftigung bieten. . . .

Da hallten eben auf dem nahen Reilweg die lautstärkenden Stimmen von Cavalieren, die mit ihren Pferden und ihren galanten Reden eine hochgeschossene, hübsche Amazone umtanzelten. Sofort war das Zukunfts-bild versunken und der lockende Frieden gestört. Wie wieder würde seine Frau in dieser Weise von Verehrern umschwärmt, fortan wird sie in der Dunkelheit des Alltags verschwinden.

Er ließ sich auf einer Bank nieder, unweit eines Ainderplatzes. Das fröhliche Treiben der

Waltung Breslaus hat er als Vorsitzender der Schulcommission der Stadt außerordentliche Dienste geleistet.

Hamburg, 14. November. Der ehemalige Herzog Johann hat die von ihm beabsichtigte Fahrt nach England vorläufig aufgegeben. In den nächsten Tagen gedenkt derselbe nach Aiel und Lübeck zu reisen, um die dortigen maritimen Verhältnissen kennen zu lernen. Auf Verlangen des Kaisers von Oesterreich wird „Johann Orth“ das Schweizer Bürgerrecht nachsuchen. Als Grund für die Niederlegung seiner Würden gibt er den Umstand an, daß er kein actives Commando in der Armee wiedererlangen konnte und nicht als unhätiger Prinz leben wollte.

Oesterreich-Ungarn.

* [Subvention für den tschechischen Schulverein.] An Unversorenheit in der Förderung ihrer nationalen Bestrebungen auf Kosten des Deutschthums haben die Tschechen Böhmens nicht ihres Gleichen. Wie der „Volksztg.“ gemeldet wird, beschloß die Budget-Commission des böhmischen Landtages die Bewilligung einer Subvention von 20 000 Gulden für den tschechischen Schulverein. Dieser Beschluß, die Gelder der deutschen Steuerzahler zur Unterstützung eines deutsch-feindlichen tschechischen Privatvereins heranzuziehen, wird zweifellos die nationale Verbitterung der deutschen Bevölkerung Böhmens nur steigern.

Triest, 14. November. Zu Ehren der Officiere des deutschen Geschwaders hatte Viceadmiral v. Wiplinger heute ein Diner veranstaltet, an welchem die Commandanten der Schiffe des deutschen Geschwaders, der deutsche Generalconsul, der deutsche Viceconsul, sowie die Spitzen der hiesigen Militär- und Civilbehörden theilnahmen. Der Speisesaal war mit den Bildern der Kaiser Wilhelm und Franz Josef, sowie den deutschen und österreichischen Fahnen geschmückt. Viceadmiral v. Wiplinger hieß im Namen des Marinecommandanten die Städte und Mannschaften der deutschen Kriegsschiffe in herrlicher Rede willkommen und schloß mit einem mit brausenden Rufen ausgenommenen Hoch auf den Kaiser, die Kaiserin und das gesammte deutsche Kaiserhaus.

Auf den Toast des Viceadmirals v. Wiplinger antwortete der deutsche Capitän zur See v. Reiche. Derselbe dankte namens seiner Kameraden und der deutschen Schiffe für die wahrhaft freundschaftliche Bewillkommnung, wies auf das heute stattgehabte Zusammentreffen der beiderseitigen hohen Herrscher in Innsbruck hin und schloß mit den Worten:

„Wir verehren in dem Kaiser von Oesterreich nicht nur den hohen Bundesgenossen und Freund unseres Kaisers, sondern auch den hohen Fürsten, welcher unentwegt und unerschrocken auf äußeren Einflüssen als ein strahlender Stern auf dem Wege der Pflicht weithin voranleuchtet. In diesem Sinne bringe ich ein dreifaches Hoch auf den Kaiser von Oesterreich, die Kaiserin von Oesterreich und auf das ganze kaiserliche Haus aus.“

In das Hoch stimmten die Anwesenden dreimal begeistert ein.

Peft, 14. Novbr. Der „Nemzet“ erblüht in der Innsbrucker Entree einen neuen Beweis für die Innigkeit der deutsch-österreichischen Allianz; von den Böhmern der Monarchie, insbesondere auch von Ungarn werde die Begegnung der beiden Kaiser in Innsbruck mit der freudigsten und herzlichsten Theilnahme begleitet. (W. I.)

Schweiz.

Bern, 11. Novbr. Bei dem gestrigen Wahlkampf in Genf ist die radicalliberale Partei den Conservativen erlegen, was bei ihrer Zersplittertheit nicht anders zu erwarten war. Diefelbe wird in dem neuen Staatsrathe nur zwei Mitglieder zählen, die Conservativen dagegen fünf, während vorher das umgekehrte Verhältniß bestand. Da der Staatsrath nur Exekutivbehörde ist, fällt dies, so lange der Große Rath in seiner Mehrheit radicalliberal ist, zwar nicht so schwer ins Gewicht; ganz ohne Einfluß wird aber dieser Wechsel auf dieselbe nicht bleiben, was ja auch früher schon der Fall war.

Frankreich.

* [In der blauen Bluse.] Der neuermählte socialistische Abgeordnete von Montluçon, Herr Thiorier, hatte seinen Wählern versprochen, daß mit ihm zugleich die Bluse in das Palais Bourbon den Einzug halten solle, und er hat sein Wort gehalten. Ende voriger Woche nahmen der rothe Deputirte und die blaue Bluse im französischen Parlament Platz. Die Beschreibung des populären Kleidungsstückes des Volksmannes nimmt in den Pariser Blättern fast so viel Raum ein, wie die der Ballonette irgend einer berühmten Schönheit. Hier sei nur erwähnt, daß die Bluse von kräftiger blauer Leinwand kunstverfänglich hergestellt, lang, weit und faltig war, aber trotz dieses

hellgekleideten Kleines befänstigte erst wieder den Sturm seiner Gedanken. Ein neues Bild fand sich ein. Ainder . . . ach ja, das wäre es, was die ungeheure Lücke ausfüllen würde! Und eine selbstame Hingefucht überkam ihn. Ein Reifen kam zu ihm hingerollt und legte sich ausweichend zu seinen Füßen. Der Besitzer, ein hübscher blondgelockter Anabe, nahte schüchtern, um ihn aufzuheben. Da konnte sich Helling nicht versagen, seine Hand auf das seidenweiche Gelock zu legen. Mit einer Gluth im Antlitz stand er auf, als schämte er sich vor sich selber solchen Wunsch.

Weiterstehend gelangte er nach dem Königsplatz. Seine Augen schienen etwas geblendet von dem Glanze und der Helle, die auf ihn einströmten; von der Höhe der Siegessäule gleichte die vergoldete Siegesgötze in der Sonne, und im stehenden Dunst des einen Springbrunnens zeichnete sich ein bunter Regenbogen. Plötzlich trat sein Bild dicht neben ihm die Luftsäule, die er zuerst nicht bemerkte, und auf dieser Säule ein großes, von goldenen Lorbeerzweigen eingerahmtes Frauenbildniß: die Jlonka Mayer!

Froh und höhnend grinst sie ihn an: aha, jetzt bin ich an der Reihe, vergöttert zu werden! Jetzt mache ich die Männer zu Narren und lasse ich sie nach meinen Launen zappeln! Was bist du denn jetzt? Ein armer Kerl, ein lächerlicher Nicht.

Der Thiergarten mit seiner Frühlingssprache war ihm vergallt, und er eilte dem Brandenburger Thore zu; im Gemüth des großstädtischen Lebens war er wohl vor derlei Affektaten gesichert. Doch überall diese Luftsäulen mit der schönen Mayer! Bah, das ist ja zum Lachen, diese Furcht vor einem Quadratmeter bunten Papiers! Und mit einer Tapferkeit, die einer besseren Sache würdig war, glöhte er nun den Bildnissen an den Säulen ins Gesicht. (Fortf. folgt.)

tadellosen Zustandes einem der Quiffiers doch einige Bedenken einflöste. Der General Cluseret flüsterie aber des Hauses redlichem Güter zu: Es ist Herr Thiorier, unser neuer Colleague und nun dürfte er ungehindert die Hallen des Palastes durchschreiten. Er hat es übrigens in Lederstiefeln und nicht etwa in Holschuhen, wie es angekündigt worden war, und unter der Bluse trug er einen feierlichen schwarzen Tuchumhang den man noch am selbigen Abend in einem Restaurant des Palais Royal sehen konnte, wo die socialistischen Abgeordneten ihrem neuen frere et ami ein Bankett gaben.

Paris, 14. Novbr. [Deputirtenkammer.] Im Fortgang der Sitzung wurde mit den Wählprüfungen fortgefahren. Gegen 7 Uhr Abends theilte der provisorische Präsident Floquet der Kammer mit, daß etwa 360 Wahlen für gültig erklärt worden seien, und daß nunmehr die Bildung des definitiven Bureaus erfolgen könne. Die Kammer beschloß, die Wahl des definitiven Bureaus am nächsten Sonnabend vorzunehmen, und setzte den Beginn der morgenden Sitzung auf Nachmittags 4 Uhr fest. (W. I.)

Belgien.

* [Erneuerung der lateinischen Münzconvention.] Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Brüssel gemeldet, Frankreich wolle der Erneuerung der lateinischen Münzconvention nur unter der Bedingung sofortiger Regulierung der Münzbestände zustimmen, wie eine solche auch bei Auflösung der Convention erfolgen müßte. Für Belgien würde aus einer solchen Regulierung ein Verlust von 40 Millionen resultiren.

Antwerpen, 14. November. Vor dem hiesigen Justizpolizeigericht begann heute der Prozeß gegen Corvillain und Delaunay wegen der am 6. September d. J. erfolgten Explosion der Corvillain'schen Patronenfabrik. In der heutigen Sitzung fand lediglich das Verhör der Angeklagten statt. (W. I.)

Serbien.

Belgrad, 14. Novbr. Der König Alexander machte gestern seiner Mutter, der Königin Natalie, einen Besuch. Die Gerüchte von der Abreise der Königin Natalie nach Nisch finden damit ihre Widerlegung. (W. I.)

Bulgarien.

Sofia, 14. November. Eine Deputation der Sobranje hat heute dem Fürsten Ferdinand die Adresse zur Beantwortung der Thronrede überreicht. (W. I.)

Rußland.

Petersburg, 14. Novbr. Der bisherige russische Generalconsul in Berlin Staatsrath v. Audriamjew ist in gleicher Eigenschaft nach Stockholm versetzt und der bisherige Gefandtschafts-Secretär in Cissabon, Kasarinow zum Generalconsul in Berlin ernannt worden. Der Generalconsul Obermüller in Tadjik tritt auf sein Ansuchen in den Ruhestand.

Warschau, 12. Novbr. Es erhält sich andauernd das Gerücht, daß aus Sparsamkeits-Rücksichten die Eintheilung des Königreichs Polen in 10 Gouvernements aufgegeben und statt deren die Eintheilung in 5 Gouvernements, wie sie vor dem Jahre 1863 bestand, wieder eingeführt werden soll. Wie verlautet, wird neuerdings in Petersburg darüber berathen; bis eine Entscheidung getroffen ist, sind mehrere geplante Reformen in der Organisation verschiedener Verwaltungszweige zurückgestellt worden. (P. Z.)

Japan.

ac. [Ueberschwemmungen und Stürme.] Von Yokohama in England eingetroffene Privatbriefe melden Einzelheiten über den durch die kürzlichen Ueberschwemmungen und Stürme angerichteten Schaden, welcher erst bekannt wurde, seitdem die telegraphische Verbindung wiederhergestellt worden ist. Am meisten Menschenleben und Eigenthum wurde vernichtet in den Küstestrichen der Provinzen Owari und Mikawa an der Ofsee des Golfes von Owari. Dort kamen 800 Menschen um, während in der Präfetur Minagi 250 Personen ertranken. Ungeheure Meilenmassen ergossen sich in diesen Küstestrichen über das Land und bedeckten alles. In Mikawa brachen die Dämme einiger Flüsse, wobei 600 Personen ihr Leben einbüßten.

Afrika.

* [Hungersnoth in Transvaal.] Ein von Johannesburg, 17. Oktober, datirter Privatbrief eines Bergwerksingenieurs macht die folgenden Mittheilungen über den dort herrschenden Nothstand: „Wir haben kaum etwas zu essen. Mehl kostet 5 Lfr. der Sack, ein Laib Brod, so groß wie eine Pennpfennel, 1s. 6d. Das kommt von der Dürre, welche die letzten 8 Monate geherrscht hat. Maultiere und Ochsen sterben zu Hunderten aus Futtermangel und doch müssen alle Lebensmittel in das Transvaal von diesen Thieren befördert werden. Wie soll das enden? Man spricht schon, daß die Bergwerke geschlossen werden. Wie viele Leute werden dann des Hungers sterben?“

Von der Marine.

* Briefsendungen sind wie folgt zu dirigiren: Für das Commando des Uebungsgehwaders (Geschwaderchef Contreadmiral Hollmann) und für die Panzerschiffe „Raifer“ (Flagggeschiff) und „Deutschland“ bis zum 17. d. Mts. nach Venedig; für die Panzerschiffe „Preußen“, „Friedrich der Große“ und „Aviso“, „Macht“ bis zum 17. d. Mts. nach Triest (Sfrien); für das Commando des Uebungsgehwaders, für die Panzerschiffe „Raifer“, „Deutschland“, „Preußen“, „Friedrich der Große“ und „Aviso“, „Macht“ vom 18. bis zum 20. d. Mts. nach Pola, vom 21. Novbr. bis zum 25. Novbr. cr. nach Fiume, vom 26. Novbr. bis zum 27. Novbr. cr. nach Cissa (Dalmatien), vom 28. Novbr. bis zum 18. Debr. cr. nach Korfu, vom 19. Debr. bis zum 27. Debr. nach Argosoli (Insel Cephalonia, Griechenland).

Landes-Deconomie-Collegium.

Berlin, 14. November. In der heutigen Sitzung, der wiederum der Justizminister und der Minister für Landwirthschaft beizwohnten, gelangten zunächst die Anträge der Commission zu Abschnitt III. Titel V. §§ 509 — 512, 532, 537, welche von Mithie und Pacht handeln, zur Berathung. Diese Anträge lauten: „Das Landes-Deconomie-Collegium wolle beschließen: 1) Anstatt des im Entwurf angenommenen Grundfahes „Kauf bricht Mithie“ ist der entgegengesetzte Grundfah „Kauf bricht nicht Mithie“ zu billigen. 2) Die Eintragung des Mithie- und Pachtrechtes in das Grundbuch muß gestattet sein. 3) Es empfiehlt sich, bei der Zwangsversteigerung das Mithie- und Pachtrecht wie andere Realrechte zu behandeln, jedoch mit der Maßgabe, daß das nicht eingetragene Mithie- oder Pachtrecht allen eingetragenen Rechten, insbesondere Hypotheken, Grundschulden und Reallasten im Range nachsteht.“ Das Referat hierüber hielt Ober-Landes-Cultur-Gerichtsrath Giber. Mit 15 gegen 2 Stimmen hätte sich die Commission gegen den römisch-rechtlichen Stand-

punkt des Entwurfs und für den deutsch-rechtlichen Grundfah „Kauf bricht nicht Mithie“ erklärt, weil letzterer sich in dem bei weitem größten Theil des deutschen Reiches Bahn gebrochen habe und weil er durch Festlegung der Mithie und Pacht einem möglichst großen Theil des Volkes die Heimath sichere. Dagegen sei der römisch-rechtliche Grundfah culturgeschichtlich, befördere die Unvertheilbarkeit der Häuser- und Güter-Speculation und führe zu einer Verlebung des Mithiebers, noch mehr des Pächters. Je mehr die Cultur fortgeschreite, desto mehr sei der Pächter genöthigt, in den ersten Jahren einer längeren Pachtzeit erhebliche Capitalien in das Pachtgut zu stecken, um einen möglichst hohen Ertrag zu ziehen. Nutzen aus seinen Verwendungen habe er erst in den folgenden Jahren der Pachtzeit. Der deutsch-rechtliche Grundfah liege aber auch im Interesse des Verpächters. Denn der Pächter könne nur dann den höchsten Pachtpreis zahlen, wenn er sicher sei, daß die bedungene Pachtzeit inne gehalten werde, zumal jezt Bestwechself viel häufiger seien als in früherer Zeit. Dasselbe gelte für den Mithieber, welcher die gemiethteten Räumlichkeiten für den Betrieb eines Gewerbes, einer Fabrik u. s. w. eingerichtet habe. Der Einwand, daß der deutsch-rechtliche Grundfah neben dem öffentlichen Glauben des Grundbuches nicht bestehen könne, treffe nicht zu. Der § 12 des preussischen Gesetzes über den Erwerb des Eigenthums an Grundstücken vom Mai 1872 habe keine nachtheiligen Folgen gehabt. Für den, der ein Grundstück kaufen wolle, sei es leicht, zu erfahren, ob das Grundstück vermietet oder verpachtet ist. Er könne nur Schaden leiden, wenn er fahrlässig vorgehe, und bedürfe um so weniger eines besonderen gesetzlichen Schutzes gegen das Verschweigen eines vorhandenen Mithie- oder Pachtverhältnisses von Seiten des Verkäufers, als er sich durch Zurückbehaltung eines Theils des Kaufgeldes selbst schützen könne. Der Mithieber und Pächter dagegen, hinter deren Rücken der Verkauf sich vollziehe, seien überhaupt nicht in der Lage, sich selbst zu schützen. Auf vertragsmäßige Einräumung besonderer Sicherheitsrechte werde der Vermietter oder Verpächter als der wirthschaftlich Stärkere sich nicht einlassen. Der gefehlische Anspruch auf Schadenersatz aber sei schwierig zu begründen und erstrecke sich nicht auf die in Gebe nicht abschätzbaren Nachtheile, Unbequemlichkeiten und Störungen. Die Gesetze dürften nicht Bestimmungen enthalten, gegen die man sich durch Verträge schützen müsse. In demselben Sinne sprachen Oberforstmeister Dandelmann und Geh. Justizrath Prof. Gierke. Die entgegengesetzte Ansicht wurde vornehmlich durch die Herren v. Coesewitz und Oberlandesgerichtsrath Struchmann vertreten. Bei der Abstimmung wurde der Commissionsantrag mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Zur Annahme gelangte dann noch der Antrag der Commission zu Abschnitt II. Titel X. §§ 607, 683 u. ff. Derpflanzungsformen betreffend. Derselbe lautet: „Das Landes-Deconomie-Collegium wolle beschließen: 1) Es ist im Interesse der Landwirthschaft kein Bedürfnis vorhanden, für den gewöhnlichen bürgerlichen Verkehr neben der allgemeinen Wechselbarkeit derartige Formalobligationen in einfacher Schriftform und mit beliebigem Inhalt zu schaffen, wie sie der Entwurf durch die Anerkennung des abstracten Schuldversprechens (§§ 683 — 684) und der abstracten Verpflanzungskraft des Anweisungssceptes (§ 617) einführen will. 2) In der Anerkennung dieser Verpflanzungsformen in dem vom Entwurf vorgeschlagenen Umfange liegt eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die ländliche Bevölkerung.“ Ebenso wurde ohne längere Debatte nachstehender Antrag der Commission zu Abschnitt III. Titel I § 722 in Verbindung mit §§ 144, 704, 710 u. ff., den Schadeener sah betreffend, angenommen: „Das Landes-Deconomie-Collegium wolle beschließen: Die Bestimmungen in den §§ 704 ff. und 722 Absatz 2 des Entwurfs über den Umfang des zu erziehenden Schadens sind zu weitgehend und in ihrer Anwendung gefährlich für die Interessen der Landwirthschaft.“

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 15. Novbr. Im Reichstage wurde zunächst die Debatte über den Arbeiterfahnantrag des Abg. Baumbach und den Unterantrag des Abg. Summ fortgesetzt. Abg. Schmidt-Elsfeld (freis.) forderte eine wesentliche Vermehrung der Fabrikinspectoren und die Ausdehnung ihrer Wirksamkeit namentlich auch auf die Hausindustrie. Statt der neun Assistenten, welche den jetzigen achtzehn Fabrikinspectoren zur Seite stehen, sollte man lieber neue Inspectoren anstellen; vor allem aber nur Leute zu diesem wichtigen und verantwortlichen Posten nehmen, die mit den Bedürfnissen des praktischen Lebens vertraut sind. Redner rühmte in dieser Beziehung die Thätigkeit des Düsseldorfers Inspectors, dem er den Hamburger gegenüberstellte, der direct von der Universität in seine Stellung eingetreten sei und für die Bestrebungen und Bedürfnisse der Arbeiter kein Verständniß habe.

Der sächsische Bevollmächtigte Graf Hohenthal bestritt die unmäßige Zunahme der Ainderarbeit in Sachsen.

Abg. Frohme (Soc.) fand in der gestrigen Rede des Ministers v. Bötticher über die Ausstände, monach eine bestimmte Grenze zwischen berechtigten und unberechtigten Bestrebungen der Arbeiter nicht zu ziehen sei, eine Ermunterung für die unteren Behörden, jede Arbeiter-Coalition als unberechtigt zu erklären und zu unterdrücken. Die Socialdemokratie habe kein Interesse an Ausständen, sie suche vielmehr deren Ausbruch zu hindern und bringe auf die Einrichtung von Einigungsämtern. Wenn allerdings das angekündigte neue Gesetz über Schiedsgerichte und Einigungsämter, wie verlautet, eine Bestimmung enthalten sollte zur Unterdrückung der Coalitionsfreiheit, so würden die Arbeiter dasselbe ablehnen müssen.

Auf die schließlich an den Staatssecretär gerichtete Anfrage, wie die Regierung zu der Angelegenheit des Berliner Gewerbeschiedsgerichts stehe, erklärte Minister v. Bötticher, daß die Reichsregierung damit überhaupt nichts zu thun habe, da das eine Sache der Einzelstaaten sei. Bis jezt sei keine Beschwerde an die für Preußen angeordneten Instanzen eingereicht worden, so daß auch dort keine Veranlassung vorhanden gewesen sei, sich mit der Frage zu beschäftigen. Minister v. Bötticher gab den Arbeitern schließlich den Rath: „Strikt, wenn ihr im Recht seid und Aussicht auf Erfolg habt, aber strikt nicht, wenn ihr im Unrecht seid und nichts erreichen werdet!“

Nach längerer Debatte, die sich auch auf die Hochseefischerei erstreckte, trat eine Vertagung bis Montag ein.

